

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Bericht vom Themengespräch Nord-Süd-Partnerschaften am 18.5.2012 im Landtag von Baden-Württemberg in Stuttgart

Am 18.5.2012 fand im Landtag von Baden-Württemberg das Themengespräch Nord-Süd-Partnerschaften des Entwicklungspolitischen Dialogs **WELT:BÜRGER GEFRAGT!** statt. Am Themengespräch nahmen über 120 Bürgerinnen und Bürger teil.



Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Der Landtag war von Anfang an ein wichtiger Förderer der Partnerschaft mit Burundi

Das Themengespräch Nord-Süd-Partnerschaften fand im Rahmen des Burundi-Treffens der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit statt und thematisierte sowohl die zukünftige Ausgestaltung der Nord-Süd-Partnerschaften im Allgemeinen als auch die Partnerschaft des Landes Baden-Württemberg mit der Republik Burundi, die seit Jahrzehnten besteht und explizit im Koalitionsvertrag genannt ist. Entsprechend richtete Staatssekretärin Dr. Gisela Splett ihr Grußwort nicht nur an die versammelte baden-württembergische Bürgerschaft und Dr. Ute Heinbuch vom Bundesministerium für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit, sondern insbesondere auch an die Delegation aus Burundi. Das Themengespräch fand im Plenarsaal des baden-württembergischen Landtags statt. Der Landtag sei, so Splett, von Beginn an ein wichtiger Förderer der Partnerschaft gewesen, die Zivilgesellschaft die tragende Säule.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Außenminister Laurent Kavakure: Gleichheit, Vertrauen, Respekt sowie Verständnis füreinander sind die neuen Grundlagen für Partnerschaften

Auch der Geschäftsführer der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit, Dr. Karl-Hans Schmid, ging in seinem Grußwort auf die bedeutende Rolle des Engagements der Kirchen und der Bürgerschaft ein. S.E. Laurent Kavakure, Außenminister und Minister für internationale Zusammenarbeit der Republik Burundi, wies in seinem Eingangsstatement auf den neuen Charakter von Nord-Süd-Partnerschaften hin, die auf Wissen und Erfahrungen basierten und auf die sich ändernden internationalen Beziehungen zurückzuführen seien. Gleichheit, Vertrauen, Respekt sowie Verständnis füreinander seien die neuen Grundlagen für Partnerschaften. Durch das Land Baden-Württemberg habe die Republik Burundi bereits vielfältige Unterstützung erhalten, insbesondere in den Bereichen der medizinischen Versorgung, der Landwirtschaft und Umwelt. Ausdrücklich nannte S.E. den Kampf gegen die Korruption als vordringliches Ziel der burundischen Staatsregierung. In der anschließenden Fragerunde ging S.E. Laurent Kavakure auf die Bedeutung von Süd-Süd-Partnerschaften ein, da die Problemlagen häufig ähnlich seien, nicht zuletzt im Hinblick auf die jeweilige Menschenrechtssituation. Des Weiteren wurden eine mögliche Diversifizierung bei Agrarprodukten und die Verbreitung von Energiesparkochern thematisiert.



Im Anschluss an die Berichte wurde die Moderation an Dr. Dieter Heidtmann von der Evangelischen Akademie Bad Boll übergeben und der weitere Ablauf für den Austausch mit der Bürgerschaft vorgestellt.

Nord-Süd-Partnerschaften sind ein besonderes Anliegen der Landesregierung

Im ihrem Impulsreferat ging Staatssekretärin Dr. Gisela Splett auf Nord-Süd-Partnerschaften und auf die Entwicklungszusammenarbeit ein, die für Bundesländer zwar eine „Freiwilligkeitsaufgabe“ – hier verwies sie auf die Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern – , im Falle Baden-Württembergs aber ein besonderes Anliegen der grün-roten Landesregierung sei.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Partnerschaften hätten eine doppelte Wirkung: Die Menschen in den Partnerländern profitierten durch die Unterstützung, die ihnen durch das Land Baden-Württemberg zuteil werde, die Menschen hier von Bildungsarbeit und Information. Entsprechend müsse die entwicklungspolitische Bildungsarbeit gestärkt werden; man müsse „bei dem, was man sowieso tut, fragen, welche Konsequenzen unser Handeln hat“.

Wichtig seien eine Partnerschaft auf Augenhöhe und die direkte Begegnung. Bisher habe die Partnerschaft mit Burundi im Fokus gestanden, die Diskussion sei aber auch auf andere Partnerschaften auszuweiten. Ein klares Bild aus dem seitherigen Dialogprozess sei der Wunsch nach vielfältigen Partnerschaften, die sich gegenseitig befruchten und unterstützen. Entwicklungszusammenarbeit sei „keine Einbahnstraße“, es gehe vielmehr um Partnerschaft, Gemeinschaft und gegenseitigen Respekt.

Dr. Splett ging auch auf ähnliche Problemlagen in Burundi und in Baden-Württemberg ein. Beispielsweise bestehe in beiden Ländern konkreter Handlungsbedarf hinsichtlich des ökologischen Fußabdrucks; allerdings offenbare sich insbesondere in Baden-Württemberg der Bedarf, die Lebensweise zu ändern. Letztendlich sei ökologische Nachhaltigkeit in beiden Ländern bedeutend – entscheidend sei es, weltweit gemeinsam voranzukommen.



Dr. Ute Heinbuch (BMZ) würdigt Bürgerbeteiligungsprozess „WELT:BÜRGER GEFRAGT!“

Dr. Ute Heinbuch vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) lobte den Bürgerbeteiligungsprozess – es sei offensichtlich gelungen, „die Entwicklungszusammenarbeit in die Mitte der Gesellschaft zu tragen“, ein erklärtes Ziel des Ministers Dirk Niebel. Die Zusammenarbeit des BMZ mit Burundi bestünde schon lange. Vor dem Bürgerkrieg in Burundi sei die Bundesrepublik Deutschland drittgrößter Geber gewesen,

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

nach dem Bürgerkrieg eines der ersten Länder, die die Zusammenarbeit wieder aufgenommen hätten. Handlungsfelder in der Zusammenarbeit seien vor allem Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung – trotz guter Erfolge „immer noch eine große Herausforderung“ – sowie der Themenkomplex HIV/AIDS und der Aufbau von Gesundheitssystemen, die lokale Wirtschaftsförderung und die regionale Förderung durch Maßnahmen im Energiesektor.

Vorschläge zur Entwicklungspolitik Baden-Württembergs

Nach den beiden Impulsen und der Verabschiedung der burundischen Delegation wurde das Publikum in Kleingruppen gebeten, sich über die angesprochenen Themen und die Aussagen auszutauschen und Ideen zu entwickeln für die übergreifenden Fragen beim Themengespräch: „Was ist für die Partnerschaften in Baden-Württemberg notwendig? Was sind die wichtigsten Punkte für die zukünftige Ausgestaltung der Partnerschaften in Baden-Württemberg?“ Anschließend wurden diese Ideen und Vorschläge im Plenum vorgestellt und diskutiert:

Genannt wurden vor allem die positiven Effekte, die Partnerschaften gerade auch für Menschen in Baden-Württemberg bzw. Deutschland haben könnten und die Bedeutung der Vernetzung verschiedener Akteure auf unterschiedlichen Ebenen, so dass gemeinsam Lösungen gefunden werden könnten.



Da offenbar sehr viele Nord-Süd-Partnerschaften im Bereich einzelner kleiner Projekten angesiedelt sind, wurden auch Probleme wie der Mangel an landwirtschaftlichem und technischem Know-how sowie die gängigen Grundsätze von Entwicklungsprojekten thematisiert, beispielsweise der Gedanke der Ownership, auf den Dr. Heinbuch explizit hinwies, die dauerhafte und nachhaltige Orientierung von Projekterfolgen und die Bedeutung von Zeit und Geduld bei der Umsetzung. Auch Dr. Splett betonte die langfristige Ausrichtung von Partnerschaften. Die Rolle des Landes sei, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Entsprechend wurden seitens des Plenums auch die Unterstützung des Landes bei Qualifizierungsmaßnahmen sowie der wechselseitige Austausch und die Zusammenarbeit zu gemeinsamen Themen angeregt. Der Austausch in beiden Richtungen sowie die Aus- und Fortbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses an deutschen Universitäten sei hilfreich, es gebe aber sprachliche Schwierigkeiten bei Kurzaufenthalten, bei denen das Land unterstützen könnte.



Interessant wäre auch die Bildung von Arbeitskreisen zum Thema Fair Trade. Die Lücke zwischen kirchlicher Förderung und der von Bund und Land müsse geschlossen werden, und Informationen über die Aktivitäten von Bürgern und Vereinen seien aktuell zu halten.

Weiterhin sprach ein Vertreter aus dem Plenum die Rolle des Tourismus an. Ein weiterer kritisierte, dass kein Vertreter des Wirtschaftsministeriums anwesend war; die Wirtschaft müsse unbedingt in den Prozess eingebunden werden, insbesondere da die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Profit deutscher Unternehmen häufig mit Menschenrechtsverletzungen und der Zerstörung von Umwelt einhergehe.

Vor allem an das Bundesministerium gerichtet war die Aufforderung, bei Gesprächen auch zivilgesellschaftliche Gruppierungen einzubinden und Gespräche nicht nur mit der jeweiligen Staatsregierung zu führen. Frau Dr. Heinbuch entgegnete, dass durchaus Gespräche mit der jeweiligen Zivilgesellschaft „vor Ort“ geführt würden und dass Kollegen aus dem BMZ an den Botschaften in vielen Ländern tätig seien.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Beklagt wurde außerdem das Problem der Korruption in den Partnerländern. Jedweder Form der Korruption müsse entgegengewirkt werden, auch wenn dadurch die jeweiligen Projekte verlangsamt würden. Frau Dr. Heinbuch berichtete, Bundesminister Niebel habe die Korruption in Burundi auch gegenüber dem Staatspräsidenten erwähnt; die Bekämpfung der Korruption sei eine wichtige Maßnahme. Auch Frau Dr. Splett würdigte den Kampf gegen Korruption als den „richtigen Appell“; man dürfe nicht mit Projekten Korruption gestatten.



Als Delegierter des Themengesprächs Nord-Süd-Partnerschaften wurde Herr Frank Schweizer gewählt. Stellvertretender Delegierter ist Wolfgang J. Saier.

Weitere Informationen zum Entwicklungspolitischen Dialog **WELT:BÜRGER GEFragt!** finden Sie unter:

www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt

www.ev-akademie-boll.de/weltbuerger-gefragt

Kontakt

Evangelische Akademie Bad Boll

Dr. Regina Fein und Dr. Dieter Heidtmann

Sekretariat: Susanne Heinzmann, Tel.: 07164-79-212, Fax: 07164-79-5212

weltbuerger@ev-akademie-boll.de